



Gut alt werden

Kommunale Altenhilfe in Marburg

Gut alt werden in Marburg, gut alt werden am Richtsberg, gut alt werden bei der Marburger Altenhilfe St. Jakob gGmbH. Wie wird dieser Anspruch in 10, 20 oder 30 Jahren umgesetzt werden können?

Die Menschen werden älter und bleiben länger fit. Wer sein Leben überwiegend selbstbestimmt und aktiv gestaltet hat, der möchte auch dann, wenn er alt, gebrechlich und pflegebedürftig ist, selbstbestimmt leben können. Und selbst dann, wenn Altersdemenz und körperlicher Abbau die Möglichkeiten der Selbstbestimmung und Selbstversorgung fast völlig einschränken, möchte er wohlversorgt, geachtet und erwünscht leben können.

Demgegenüber steht das Diktat der Ökonomie. Was darf ein Leben im Alter kosten und wer trägt diese Kosten? Wer pflegt und versorgt, wo kommen die Fachkräfte her, wie gut sind sie ausgebildet, welche Arbeitsbedingungen haben sie, und wie werden sie entlohnt?



*Ulrich Severin
Sozialpolitischer
Sprecher*

Mit der Eröffnung des neuen Altenheims in Cölbe hat die Marburger Altenhilfe eine Alten- und Pflegeeinrichtung der neuesten Generation geschaffen, in dem acht Hausgemeinschaften mit jeweils zehn Bewohnern leben werden. Das Kuratorium Deutsche Altershilfe hat diesem Neubau beste Noten gegeben und das Konzept als innovativ gewertet.

Aktuell wird über die Modernisierung des in die Jahre gekommenen Altenzentrums in der Sudetenstraße am Richtsberg diskutiert. Wir haben dabei für die zukünftige Entwicklung der Marburger Altenhilfe St. Jakob folgende Ziele:

- **Die Altenhilfe versorgt weiterhin den größten Stadtteil Marburgs, den Richtsberg, mit einer eigenen Altenpflegeeinrichtung:**

Hier und in den umliegenden Wohngebieten wohnen etwa 10.000 Menschen mit einem wachsenden Anteil

Fortsetzung auf Seite 2

Zur Sache

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

zugegeben: die vielen Baustellen in der Stadt mit ihren Behinderungen, Umleitungen und Lärm können ganz schön nervig sein. Andererseits: unsere Stadt steht nicht still, im doppelten Sinn. Große Projekte wie der Bahnhofsvorplatz und der neue Uni-Campus werden Marburg positiv verändern. Woanders werden Versorgungsleitungen zukunftsfest gemacht, wieder woanders entsteht neuer Wohnraum. Viele arbeiten daran, Marburg voranzubringen: private Investoren, die Universität und die Stadt Marburg mit ihren Gesellschaften wie den Stadtwerken und der GeWoBau.

Die Marburger Altenhilfe hat in Cölbe eine viel gelobte Einrichtung errichtet. Jetzt geht es darum, für den Richtsberg attraktive Angebote zu entwickeln, die zugleich einen Beitrag zur sozialen Infrastruktur im Stadtteil leisten.

Nicht zufrieden sind wir, wo Bund und Land gefordert wären: bei der Förderung preiswerten Wohnraums genauso wie beim UKGM. CDU und FDP entziehen sich trotz vollmundiger Ankündigungen ihrer Verantwortung. Zu Lasten der Beschäftigten und ihrer Familien.

Ihre SPD-Fraktion

Inhalt

Gut alt werden in Marburg	1
Leben und wohnen in einer lebenswerten Stadt	2
Fraktion vor Ort: 8.-16. November 2012	3
UKGM: Gemeinwohl statt Gewinnmaximierung	3
Nordviertel aufwerten: neues Verkehrskonzept	4
Garten des Gedenkens	4
Sporthallenneubau	4

an älteren Mitbürger/innen. Um diesen ein hochwertiges, wohnortnahes, mit ihrem Gemeinwesen verbundenes Wohn- und Pflegeangebot sicher zu stellen, ist es notwendig, dass die Stiftung dort ein entsprechendes Angebot an Pflegeplätzen, betreutem Wohnen und ambulanter Versorgung im Verbund vorhält.

- **Die Pflegesätze müssen sozial gestaltet und für eine breite Bevölkerungsgruppe bezahlbar sein und bleiben:**

Das Angebot der Altenhilfe GmbH muss für alle Bevölkerungsgruppen – unabhängig von ihrem Einkommen – (und dem ihrer Angehörigen) zugänglich sein. Die Pflegesätze sind so zu gestalten, dass sie von einem großen Teil der Bewohner/innen mit Unterstützung der Pflegeversicherung selbst getragen werden können.

- **Das Personal wird tariflich nach TVöD bezahlt:**

Die Arbeit in einer Wohn- und Pflegeeinrichtung ist anstrengend und anspruchsvoll. Sie setzt eine gute Ausbildung, Fort- und Weiterbildung und hohe Motivation und Leistungsbereitschaft voraus. Deshalb muss sie angemessen entlohnt werden. Gerechtere behandelte Mitarbeiter/innen sind eine wesentliche Voraussetzung für eine gute Pflege.

- **Der Personalschlüssel sichert eine hohe Pflegequalität:**

Trotz drohendem Fachkräftemangel kann eine hochwertige Pflegequalität nur mit gut ausgebildeten Fachkräften sichergestellt werden.

- **Die Marburger Altenhilfe St. Jakob muss mit der Weiterentwicklung wirtschaftlich gesichert sein:**

Die Altenhilfe muss wirtschaftlich dauerhaft auf gesunden Beinen stehen. Wir wollen zeigen, dass ein nicht gewinnorientiertes Unternehmen in öffentlicher Hand wie die Marburger Altenhilfe qualitativ hochwertige Angebote machen kann und dabei die Beschäftigten angemessen entlohnt werden können.

Diese Grundsätze und Ziele stehen nicht im Widerspruch dazu, zukünftig auch stadtteilbezogene, wohnortnahe Pflegeangebote und Wohnmodelle zu entwickeln und neue, innovative Konzepte wie zum Beispiel das des gemeinschaftlichen Wohnens durch die Stadt Marburg zu unterstützen.



Leben und wohnen in einer lebenswerten Stadt

Wohnungen für alle

Die Menschen haben ein Recht auf für sie bezahlbaren Wohnraum.

Dafür hat die SPD immer gekämpft. Bund und Land haben sich aus der Förderung des Wohnungsbaus weitgehend verabschiedet. Marburg unternimmt viele Anstrengungen, um trotzdem zu einer Entlastung des Wohnungsmarktes, besonders in der Innenstadt, beizutragen.



Sonja Sell
Baupolitische
Sprecherin

- **Städtische GeWoBau mit günstigen Wohnungen**

Die städtische Wohnungsbaugesellschaft GeWoBau unterhält über 2.500 Wohnungen und ist damit der größte Vermieter der Stadt. Neue Wohnungen der GeWoBau entstehen in der Uferstraße, im Kilian und in Cappel, besonders für Studierende, Auszubildende und Menschen mit Behinderungen. Wichtig zu wissen: obwohl viele Wohnungen aus der Sozialbindung gefallen sind, werden die Mieten deswegen nicht erhöht. Sanierungen verbessern die Wohnsituation, um Wohnungen alten- und behindertengerecht zu machen oder – durch energetische Optimierung – die Nebenkosten trotz steigender Energiepreise erträglich zu halten. Hier investiert die GeWoBau seit Jahren viel und wird dies auch in Zukunft tun.

Damit auch durch private Investitionen der Wohnungsmarkt entlastet

wird und die stetig steigende Nachfrage nach innerstädtischem Wohnraum erfüllt werden kann, plant die Stadt eine verträgliche Nachverdichtung, zum Beispiel in der Weintrautstraße, wo mit den Anwohnern eine maßvolle Bebauung vereinbart wurde. Auf den ehemaligen Bahnanlagen sind neue Projekte geplant, die durch Bebauungspläne

gesteuert werden. Nicht jedem gefällt alles, was in der Stadt gebaut wird. Neue Bauten sind aber unerlässlich, weil der Bedarf an Wohnraum kontinuierlich steigt. Wo früher Studierende mit winzigen Zimmern ohne eigenes Bad oder Küche lebten, wird zu Recht heute mehr Platz und Komfort gesucht.

- **Viele Menschen wollen in der Innenstadt wohnen**

Familien mit Kindern und ältere Menschen suchen zunehmend innerstädtischen Wohnraum in der Nähe zu den infrastrukturellen Einrichtungen. Die SPD-Fraktion begleitet diese Entwicklung und setzt sich dafür ein, dass dies mit Augenmaß geschieht und weder die Innenstadt erstickt noch unsere Außenstadtteile veröden.

Dazu haben wir Dorfläden geschaffen, Dorfentwicklungsprogramme initiiert und die Busanbindungen optimiert. Das Zukunftsprojekt wird Breitband-Internet-Anschluss für alle sein.

Die Marburger SPD-Fraktion vor Ort

60. Aktionswoche: 8. bis 16. November 2012

Im Gespräch mit Verantwortlichen sowie Bürgerinnen und Bürgern bleiben, sich informieren, Anregungen für die politische Arbeit erhalten: Das ist der Zweck unserer 60. Runde Fraktion vor Ort. *Herzliche Einladung zur öffentlichen Fraktionssitzung in Bauerbach!*
Ihre Marburger SPD-Fraktion



Uniklinikum:

Gemeinwohl statt Gewinn-Maximierung

Die Unsicherheit um die Zukunft unseres Universitätsklinikums (UKGM) macht vielen Menschen in Marburg und der Region, Beschäftigten und Patienten große Sorge. Die Angst, dass Profitstreben vor Patientenwohl geht, Klagen über Arbeitsüberlastung und Stellenabbau bestimmen das Bild in der Öffentlichkeit.



Bettina Böttcher
Stadtverordnete
Richtsberg

Eine ganze Region ist aufgestanden und erklärt sich solidarisch mit den Beschäftigten. Die Privatisierung des UKGM war ein Fehler, weil sie auf der falschen Annahme fußte, ein Universitätsklinikum, das neben der Patientenversorgung auch noch der Forschung und Lehre dienen muss, könne hohe Renditen erwirtschaften.

Im September hat das Marburger Stadtparlament auf Initiative der SPD-Fraktion folgende Forderungen einstimmig verabschiedet und bekräftigt, dass es

- keinen Stellenabbau am UKGM geben darf und der bereits eingetretene Stellenabbau revidiert werden muss. Ein weiteres Outsourcing von Arbeitsplätzen darf nicht erfolgen.
- Die Landesregierung muss zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Versorgung der Patientinnen und Patienten quantitative und qualitative Personalmindeststandards gesetzlich regeln.
- Mit den Beschäftigten, die zum Land Hessen zurückkehren, muss angemessen umgegangen werden. Dazu gehören der Verzicht auf Kündigungen sowie eine wohnortnahe Beschäftigung.

Die medizinischen Fachbereiche an beiden Standorten müssen erhalten werden, insbesondere können

- Entscheidungen über wissenschaftliche Schwerpunktbildungen nur im Einvernehmen mit den Hochschulen und medizinischen Fachbereichen an beiden Standorten getroffen werden.

■ Die hessische Landesregierung muss über eine gesetzliche Regelung eine ausreichende Zahl der vom Universitätsklinikum vorzuhaltenden ärztlichen Weiterbildungsstellen schaffen.

Für uns ist klar: Die Zukunft des UKGM kann nur im wirtschaftlichen Verbund der Standorte in Marburg und Gießen erreicht werden. Entscheidungen über die Zukunft des UKGM dürfen nicht zu Lasten eines der beiden Standorte oder durch Abbau von Forschungseinrichtungen und medizinischen Teilfunktionen erfolgen.

Des Weiteren wird die Landesregierung aufgefordert, dafür zu sorgen,

- dass die Partikeltherapie zum klinischen Einsatz kommt und
- dass ein Konzept zur Rückführung des UKGM unter mehrheitlicher Beteiligung des Landes vorgelegt wird

Das Klinikum ist für uns alle zu wichtig, als dass Gewinnstreben vor Versorgungsqualität stehen darf. Den Preis dafür zahlen wir sonst alle.

Einen weiteren Beitrag von Bettina Böttcher, Betriebsratsvorsitzende des UKGM in Marburg, lesen Sie auf unserer Homepage.

Donnerstag, 8. November

16.30 Uhr Workshop „Zukunft der Altenhilfe in Marburg“

Sonntag, 11. November

16.00 Uhr Einweihung Synagogengedenkstätte „Garten des Gedenkens“

Montag, 12. November

18.00 Uhr Freiwillige Feuerwehr Bauerbach, Bürgerhaus

19.30 Uhr Öffentliche Fraktionssitzung, Bürgerhaus Bauerbach

Dienstag, 13. November

17.00 Uhr Alzheimergesellschaft Marburg-Biedenkopf, Parteibüro

19.00 Uhr Wahlkreisdelegiertenkonferenz: Nominierung Landtagskandidat 2013, Kirchhain-Langenstein

Mittwoch, 14. November

17.00 Uhr GWH Wohnungsgesellschaft mbH Hessen

19.00 Uhr Besuch der JUKO Marburg e.V.

Donnerstag, 15. November

17.00 Uhr Diakonisches Werk Oberhessen, Wohnungslosenhilfe, Tagesaufenthaltsstätte

19.00 Uhr „Gemeinsam planen. Bürgerbeteiligung bei Großprojekten“. Sören Bartol, MdB und AsJ Hessen-Nord TTZ, Softwarecenter 3

Freitag, 16. November

16.00 Uhr bsj, Zentrum Frühe Bildung

19.30 Uhr Stadtforum extra zum UNESCO Welterbe, Historischer Rathaussaal

Heute für morgen und übermorgen planen

Nordviertel aufwerten

Bahnhofstraße und Elisabethstraße können nicht so bleiben wie sie sind. Die Studien, die in einer Bürgerinformation am 10. Oktober 2012 vorgestellt wurden, zeigen: Ja, es geht. Man kann die Aufenthaltsqualität im Nordviertel verbessern, Parkmöglichkeiten für den Einzelhandel erhalten und die heute vorhandenen Verkehre abwickeln, auch wenn die Elisabethstraße Umweltzone wird.

Die Verkehrsplanungen zum Uni-Campus haben gezeigt, dass durch den Campus Firmanei der Autoverkehr nur unwesentlich steigen wird. Ziel künftiger Verkehrspolitik muss sein, Durch-



Steffen Rink
Fraktionsvorsitzender

gangsverkehr zu vermeiden und die Anfahbarkeit für Einzelhandel und Dienstleistungen zu ermöglichen. Ein Parkdeck am alten Gaswerk und die Aufstockung am UB-Parkplatz und am Bahnhof können Möglichkeiten für Langzeitparker und Pendler bieten.

Mit der Bürgerinformation im Oktober wurde ein Anfang gemacht. Weitere Workshops und Info-Veranstaltungen werden folgen. Einen Königsweg wird es nicht geben, aber einen klugen Ausgleich der unterschiedlichen Interessen. Dafür setzt sich auch die Marburger SPD-Fraktion ein.



Garten des Gedenkens

Am Sonntag, den 11. November wird der „Garten des Gedenkens“ an der ehemaligen Synagoge in der Universitätsstraße offiziell eröffnet. Verbunden wird dies mit der alljährlichen Gedenkstätte zur Reichspogromnacht. Der Garten des Gedenkens soll ein würdiger Ort sein, an dem wir den Spuren jüdischer Mitbürger unserer Stadt und ihrer Gotteshäuser einen Rahmen geben. Die Universitätsstadt Marburg und die Jüdische Gemeinde als Eigentümerin haben sich im Frühjahr 2008 darauf verständigt, auf diesem Grundstück eine Gedenkstätte einzurichten, die über die eindrucksvolle Architektur der ehemaligen Synagoge und die geschichtlichen Geschehnisse an diesem Ort informiert. Dazu wurde ein Ideenwettbewerb durchgeführt, dessen Siegerentwurf nun zur Umsetzung kam.

Wir freuen uns, dass dieser Platz an der Universitätsstraße nun eine weitere Bereicherung für das Stadtbild sein wird, zumal sich damit eine weitere Verbindung zur Oberstadt erschließt, die direkt in die Untergasse münden wird.

Wer sich näher informieren möchte, findet vor Ort Möglichkeiten oder kann unter www.garten-des-gedenkens.de nachschauen. Die SPD freut sich, dass aus dem von uns angestoßenen Ideenwettbewerb ein so schönes Ergebnis zustande gekommen ist. Das lässt für die Zukunft des Rudolphsplatzes, dessen Wettbewerbsergebnisse letztes Jahr gezeigt wurden, vieles hoffen. Doch bis dahin ist es noch eine Weile hin – andere innerstädtische Großprojekte wie der Umbau der Stadthalle haben Vorrang.

Ideenskizze für Neubau

Sporthalle

Mit der Vorstellung einer Architekten-skizze in der Sport- und Bäderkommission zum Bau einer Sporthalle auf dem Gelände der Elisabethschule werden die Pläne jetzt konkret. Die Skizze enthält neben 2 Hallenteilen 2 weitere Sporträume, einen Mehrzweckraum mit Bühne sowie ein Dojo für den Kampfsport. Schule und Elternvertreter waren begeistert.

Die Sportfläche des Baus entspricht ungefähr 1.600 qm. Nun ist der nächste Schritt, einen Planungswettbewerb dafür auszuschreiben. Die Umsetzung könnte danach im Jahr 2015 erfolgen, wenn die Mittel dafür zur Verfügung gestellt werden. Mit der kürzlich umgebauten und als Soccerhalle eingeweihten ehemaligen Fabrikhalle der Temmler-Werke besteht ein gutes Provisorium, um die während der Sanierung der Richtsberghalle weggefallenen Flächen teilweise zu ersetzen. Nach dieser Sanierung stehen dann mehr Flächen zur Verfügung als vorher. Ein solcher Neubau an der Elisabethschule würde nunmehr für eine komfortable Hallensituation in der Zukunft sorgen.



Björn Backes
Sportpolitischer
Sprecher

Impressum

**Herausgeber
und verantwortlich**

Die Marburger
SPD-Fraktion
Biegenstraße 33
35037 Marburg
Telefon (06421) 16990-14
Telefax (06421) 16990-18



www.spd-fraktion-marburg.de
spd-fraktion-marburg@t-online.de

Gestaltung und Satz EigenArt –
Thomas Neutze und Gabriele Rudolph

Fotos Michael Müller
Scape Landschaftsarchitekten Düsseldorf
Ulrich Severin

Druck Druckhaus Marburg

Gedruckt auf Recyclingpapier
aus 100% Altpapier

